

Fraktion DIE GRÜNEN
im Bezirksausschuss 5, Au-Haidhausen

München, den 05. Januar 2021

Büro der Landtagspräsidentin
Maximilianeum
81627 München

**Unterstützung für die bayerische Kommunalpolitik in Zeiten der Pandemie:
Digitalisierung dringend erforderlich!**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin Aigner,

nach den Empfehlungen für die Durchführung kommunaler Gremiensitzungen des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 10.12.2020 sollen und müssen Sitzungen und Abstimmungen im Gemeinderat und im Bezirksausschuss, sowie in deren Unterausschüssen weiterhin in physischer Präsenz durchgeführt werden. Es wird nach wie vor abgelehnt, Sitzungen ähnlich wie bei einem Webinar online abzuhalten. „Viele Kommunen fühlen sich aktuell mit der Mammutaufgabe Digitalisierung alleingelassen, aber gerade in Krisenzeiten muss die staatliche und kommunale Verwaltung arbeitsfähig und belastbar sein“, sagt Benjamin Adjei. Und wir GRÜNE im Münchener Bezirksausschuss 5 Au-Haidhausen können dem nur zustimmen. Wir wenden uns an Sie mit der Bitte um Unterstützung.

Wir finden es äußerst problematisch, dass in der Pandemielage die Politiker*innen in den über 2.000 bayerischen Kommunen bei ihrer meist ehrenamtlichen Tätigkeit eher gebremst, als unterstützt werden. Viele Mitglieder in unserem Bezirksausschuss gehören einer Risikogruppe an, leben in Haushalten mit Menschen aus einer Risikogruppe oder arbeiten in sozialen Berufen mit Kontakt zu Menschen der Risikogruppe. Dennoch müssen wir, ebenso wie bayernweit mehr als 25.000 Politiker*innen, uns auch im Jahr 2021 weiterhin regelmäßig physisch treffen – und dies in Zeiten der Pandemie und obwohl wir Politiker*innen doch auch Vorbild für die Bürger*innen sein sollten.

Dabei werden inzwischen Webinare mit mehreren hundert Teilnehmer*innen abgehalten, wie beispielsweise der Stadtparteitag der Münchner Grünen. Technisch ist uns kein Problem bekannt, warum den bayerischen Kommunen kein Tool für Online-Sitzungen zur Verfügung gestellt werden kann.

Die öffentliche Teilhabe im politischen Umfeld ist in Zeiten der Pandemie nach unserer Beobachtung rückläufig, was nicht verwundert – gehören doch viele Teilnehmer*innen oder Beobachter*innen der Risikogruppe an. Das

Argument, dass durch digitale Ausschüsse ältere Einwohner*innen ausgeschlossen werden, kann heute niemand mehr ernsthaft behaupten – skypen doch Großeltern heute regelmäßig mit ihren Enkeln. Ganz im Gegenteil: Wir sehen nur durch ein Onlineangebot die Möglichkeit, dass auch Menschen der Risikogruppe am politischen Leben in unserer Demokratie teilhaben können. Und dafür müssen und wollen wir uns stark machen.

Wir fordern: Für alle Ausschüsse in Städten und Gemeinden wird eine lizenzierte und datenschutzrechtlich unbedenkliche Software zur Videotelefonie und zur Abstimmung zur Verfügung gestellt. Es entfällt der Sitzungszwang für Sitzungen der Vollgremien und der Unterausschüsse. Die Teilhabe für die politischen Vertreter*innen und die Öffentlichkeit wird verbessert, indem neben Präsenz- auch Online-Versammlungen auch hybride Modelle ermöglicht werden, bei denen nur eine reduzierte Anzahl von Personen am Sitzungsort anwesend ist.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unser Anliegen unterstützen, damit auch in Bayerns Kommunen das Digitalzeitalter beginnen kann und ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen, wie von Benjamin Adjei gefordert, „arbeitsfähig und belastbar“ agieren und sicher arbeiten können.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung – und mit freundlichen Grüßen aus der Grünen-Fraktion des BA 5 Au-Haidhausen,

Sonja Rümelin & Arnošt Štanzel